



Sibylle Boos präsidiert den Verband Luzerner Gemeinden. (Foto ZVG)

11.01.2023



KLUB S «Der Einbezug der Gemeinden erfolgt oftmals zu spät»

von Roseline Betschart

Der Verband der Luzerner Gemeinden vertritt die Interessen der Gemeinden gegenüber dem Kanton Luzern. Der Verband erachtet die Zusammenarbeit grundsätzlich als positiv, er sieht aber auch Luft nach oben.

Der Kanton Luzern zählt 80 Gemeinden, die Heterogenität ist gross, was sich nur schon an der Einwohnerzahl zeigt. Die kleinste Gemeinde (Honau) zählt rund 500 Einwohnerinnen und Einwohner, in der Stadt Luzern sind es gut 80'000. Sprachrohr der Luzerner Gemeinden ist der Verband Luzerner Gemeinden (VLG).

Mehr Dialog auf Augenhöhe gewünscht

Sibylle Boos-Braun ist Gemeindepräsidentin von Malters und präsidiert den VLG seit 2019. Trotz im letzten Jahr geüsserter Kritik des Verbands am Kanton Luzern – insbesondere im Zusammenhang mit den Ersatzabgaben für fehlende Asylplätze, sagt Sibylle Boos: «Der Verband Luzerner Gemeinden pflegt eine gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kanton. Wir sitzen im selben Boot mit dem Ziel, gute Rahmenbedingungen für die Bevölkerung und die Unternehmen zu schaffen.» Das könne nur erreicht werden, wenn beide Staatsebenen optimal funktionieren würden. Optimierungsbedarf gäbe es dennoch: «Der Einbezug der Gemeinden und des VLG erfolgt oftmals zu spät, um auch aktiv an Lösungen mitarbeiten zu können.»

aaa

«Gerade bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise war der Austausch zu Beginn etwas gar hierarchisch statt partnerschaftlich.»

Als Beispiel nennt Sibylle Boos die Steuergesetzrevision, welche die Gemeinden sehr stark betrifft und vor kurzem ohne aktiven Einbezug des VLG in die Vernehmlassung geschickt wurde. «Ausserdem wünschten wir uns manchmal einen besseren Dialog auf Augenhöhe. Gerade bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise war der Austausch zu Beginn etwas gar hierarchisch statt partnerschaftlich», führt sie aus. Doch sie findet: «In den letzten Monaten haben wir diesbezüglich eine sehr konstruktive Zusammenarbeit erlebt.» Speziell erwähnt sie das mögliche Entgegenkommen des Kantons bei den Ersatzabgaben. Die Gemeinden, die nicht genügend Asylplätze zur Verfügung stellen, müssen einen Malus bezahlen. Der Betrag der Ersatzabgabe wäre schrittweise angehoben worden auf bis zu vierzig Franken pro Tag und nicht zur Verfügung gestelltem Platz. Der VLG machte dem Kanton einen Vorschlag, den Betrag bei 15 Franken pro nicht aufgenommener Person zu belassen, der entsprechende Entscheid des Regierungsrates ist noch ausstehend.

Reform hat Aufgaben umverteilt

Stark umgetrieben hat die Gemeinden auch die vor zwei Jahren in Kraft getretene Aufgaben- und Finanzreform AFR 18. Mit der Reform wurden Aufgaben in der Höhe von 200 Millionen Franken neu verteilt. So ist seither der Kanton für den Wasserbau, also Hochwasserschutzmassnahmen, zuständig. Ausserdem gilt neu ein Kostenteiler von 50:50 von Kanton und Gemeinden an die Volksschule. Dafür gingen weitere Sozial- und Pflegekosten an die Gemeinden über. 13 Gemeinden waren gegen die AFR 18, darunter Sursee, Schenkon, Eich, Mauensee und Neuenkirch. Zur Reform sagt Sibylle Boos heute: «Die Betroffenheit der Gemeinden ist sehr unterschiedlich. Die neue Aufgabenverteilung war aber ein richtiger und wichtiger Schritt.» Für eine finale Beurteilung sei es indes noch zu früh. Diese sei erst möglich, wenn der Wirkungsbericht zur Reform Ende Jahr vorliegt. «Die Gemeinden gehen davon aus, dass die finanzielle Balance gerade im Wasserbau nicht erreicht wird und es Justierungen braucht», so Boos.

Die Aufgaben- und Finanzreform 18 war aufgrund der unterschiedlichen Haltungen der Gemeinden für den VLG nicht einfach. Die Heterogenität ist für den Verband eine grosse Herausforderung. «Die Menschen leben in den 80 Gemeinden in unterschiedlichen Lebenswelten.» Boos verweist dabei auf die Einwohnerzahl, die Stadt-Land-Unterschiede oder die Finanzkraft der Gemeinden. Der Kanton müsse dieser Heterogenität noch stärker Beachtung schenken, findet die Verbandspräsidentin. «Die Schere zwischen den Gemeinden darf nicht weiter auseinander driften, auch wenn wir dazu den Finanzausgleich haben.» Dazu gehörten auch die teilweise schwierigen Entwicklungsperspektiven verschiedener Gemeinden bei der Raumplanung. Auch hier müssen wir schauen, dass keine Gemeinde «abgehängt» wird, meint Boos.

bbb

Die Aufgaben der Gemeinden werden laut Sibylle Boos in den nächsten Jahren nicht weniger. Besonders fordern werden die zu schaffenden Flüchtlingsplätze, die Entwicklung in der Bildung mit steigenden Schülerzahlen und dem daraus resultierenden Raumbedarf, die steigende Nachfrage nach Pflegeangeboten auf Grund der demografischen Entwicklung, aber auch der Fachkräftemangel.

Steigende Erwartungshaltung

Ob den Gemeinden heute mehr Aufgaben von oben diktiert werden als früher, kann Sibylle Boos nicht sagen. Sie meint aber: «Die öffentliche Hand übernimmt immer mehr Aufgaben, deshalb fallen auch auf der untersten Staatsebene, also bei den Gemeinden, mehr Aufgaben an. Dabei wird oftmals in der Gesetzgebung zu wenig an diese unterste Vollzugsebene gedacht. Gleichzeitig steigt die Erwartungshaltung der Bevölkerung.» Aktuell schätzt die VLG-Präsidentin die finanzielle Entwicklung der Gemeinden als gut ein. Aber: «Die Prognosen sind gedämpft. Kostensteigerungen und zusätzliche öffentliche Aufgaben beschäftigen die Gemeinden.»

Tags: [Kanton](#) [Gemeinde](#) [Verband Luzerner Gemeinden](#)

Mehr lesen von
Roseline Betschart
